

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/94

Bonn, den 17. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Eine politische Entscheidung ist nun fällig

Zur Diskussion des Themas "Freies Geleit"

30

2 - 3

Ein Staatssekretär wäre an Platze

Reformserüftige Kulturabteilung des AA
Von Georg Kain-Ackermann, MdB

46

4

Hermann RÜLLER-FRANKE

47

Zur Gedenken an den ersten und letzten sozialdemokratischen
Reichskanzler der Republik von Weimar
Von Herbert Hupka

5

Frants Hvass

52

Im Deutschland und Dänemark verdient gemacht

6

Doch noch Atomsperr-Vertrag ?

43

Vertagung und Optimismus

Von Pierre Simonitch, Genf

+ + +

Eine politische Entscheidung ist nun fällig
Zur Diskussion um das Thema "Freies Geld"

sp- In den Auseinandersetzungen zwischen den Parteien um das gesicherte Erscheinen von SPD-Rednern in der Bundesrepublik droht der eigentliche Ausgangspunkt immer mehr aus dem Gesichtspunkt zu verschwinden. Er wird mit Nebelschwaden zugedeckt. Worum geht es? Es geht um die Möglichkeit, das freie Wort in ganz Deutschland hindurchzutragen, es geht darum, daß in allen Orten Deutschlands die in Deutschland existierenden Parteien ihre Auffassungen über die Kernfragen der deutschen Politik vortragen, und es geht zu allererst auch darum, die Lage der Menschen im gespaltenen Deutschland zu erleichtern.

Die zwei offenen Antwortschreiben der SPD an die SED werden von einem großen Teil unserer Bevölkerung als das wichtigste Ereignis dieses Jahres bewertet, es nimmt sogar in der Bewußtsein der Menschen eine höhere Bedeutung als die Verleihung der Olympischen Spiele in München für das Jahr 1972 ein. Und dies nicht nur bei uns in der Bundesrepublik. Im Herrschaftsbereich der SED gibt es kein anderes Thema, das die Bevölkerung mehr beschäftigt und die Fantasie anregt. In Funkveräußerer sind die Briefe, in denen Führer der Zone bitten, an der SPD-Versammlung in Chemnitz teilzunehmen zu dürfen und sie nicht allein mit ausgesuchten Funkstudios zu stellen. Das Zentralkomitee der SED hat alle Hände voll zu tun, um schreiende Fragen zu beschwichtigen und die Ganster zu beruhigen. Es gelingt ihm nicht. Die Spalten der SED-Pressen spiegeln für den, der sie aufmerksam zwischen den Zeilen liest, die große Verlogenheit wider, in die das Regime Ulbrichts der offensive Versuch der SPD, stellvertretend für das freie Deutschland, gestürzt hat. Eine schöpferische Unruhe erfüllt unser Volk und mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die Volköffentlichkeit diesen faszinierenden Vorgang.

Deckt die schwer machen wir es uns, dieser Unruhe politischen Ausdruck zu geben. Unser Erwachsener hätte sich eine vernünftige Meinung über das, was man Geldschutz nennt, wohl bilden lassen. Wir können aber uns selbst juristische Pallastriecher, in denen sich die Politik verreckt und nicht vorankommt - ganz im Widerspruch zum Auftrag des Grundgesetzes, der die Bundesrepublik verpflichtet alle, was zur Wiedervereinigung führen kann. Mit dem Anspruch darauf allein können wir nicht weiter. Es gibt keine Instanz, die ohne unser Zutun und Mitwirkung ihm erfüllen wird. Man muß dazu von anderer Seite auch den vorwärtstreibenden Willen haben.

Der Versuch der Fraktionen, eine juristisch gängige Formel für ein gesichertes Erscheinen der SPD-Redner in der Bundesrepublik zu finden, natürlich unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, ist zunächst gescheitert. Hier handelt es sich nicht darum, Mörder zu schützen und bedingte Straffreiheit zu gewähren oder eine Amnestie zu erlassen. Aber wohl handelt es sich darum, die Konfrontation der politischen Auffassungen in ganz Deutschland zu ermöglichen.

Wenn die Juristen in Grundsatzfragen unserer Nation nicht weiterkommen, dann muß die Politik an deren Stelle treten. Auf der Suche nach einer politischen Lösung sollte niemand erlücken. Wer ermüdet, verbaut unserem Volk den Weg für die Zukunft und trägt ungewollt zur Befestigung der SED-Herrschaft in der Zone bei.

Ein Staatssekretär wäre am Platze

Reformbedürftige Kulturabteilung des AA

Von Georg Kahn-Ackermann

Nachdem nun über ein Monat seit dem Ausscheiden des Chefs der Kulturabteilung des AA, Dr. Dieter Sattler, verstrichen ist, steht zu hoffen, daß die Bundesregierung bald einen Nachfolger findet. Unterden halben Dutzend aus dem Rennen ausgeschiedener Bewerber auf Botschafter Sattlers Nachfolger hatte nur einer, nämlich der deutsche OEEC-Botschafter in Paris, Dr. Rudolf Vogel mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß für die Leitung der Kulturabteilung mehr denn je ein Staatssekretär vonnöten sei. Eine direkte Vertretung der Kulturabteilung des AA im Kabinett sei schon Angesichts der weitreichenden Hoffnungen der Bundesregierung und ihrer Parlamentsmehrheit, das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn mit Hilfe eines intensivierten kulturellen Austauschs zu normalisieren, unumgänglich. Obwohl schon der frühere Außenminister von Brentano sich innerlich zu einer solchen Lösung durchgerungen hatte, versochten sich Außenminister Selbiger und seine Staatssekretäre trotz aller Zweckmäßigkeit nicht für eine solche Lösung zu erwärmen.

Dabei wird offenbar im Auswärtigen Amt übersehen, daß der Bereich der deutschen Kulturarbeit im Ausland weit über die Zuständigkeit des Amtes hinausgewachsen ist und daß wir uns in mancherlei Hinsicht mangels Koordination und mangels Ordnung von Zuständigkeiten rapide einer Koordinations-Krise nähern. Ganz besonders betroffen davon ist das Verhältnis zwischen verschiedenen, vom Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderen für die Entwicklungshilfe tätigen Ressorts zum Auswärtigen Amt einschließlich der sich ausweitenden kirchlichen Arbeit im Bereich der Bildungshilfe und des Krankenwesens sowie die Koordinierung der Arbeit der zahlreichen Hilfs- und Aufbaugesellschaften, auf die inzwischen wegen der allzu beschränkten Personalsituation in der Kulturabteilung des AA die Hauptlast der Kulturarbeit im Ausland übergegangen ist.

Zu dieser Thema gehört auch die vom Haushaltsausschuß des Bundestags gewünschte, aber in der Praxis schwer vollziehbare Koordination der deutschen Besucherprogramme durch parlamentarische Kontrolle. Und weiter zählt das in einigen Bereichen ungelöste Bundesländerproblem dazu, das besonders auf dem fast bedeutendsten Sektor der auswärtigen Kulturarbeit, nämlich der Entsendung von Hochschullehrern und Lektoren an ausländische Hochschulen und Forschungsinstitute, angesichts der sich auftürmenden Schwierigkeiten zu einer vollständigen Resignation der Bundesregierung geführt hat.

Dr. Sattlers politisches Testament

An diesen Tatsachen ändert das aus Erfahrung und Visionen geborene und in die Form eines Erlasses gekleidete politische Testament Dr. Sattlers wenig, vor allem deswegen nicht, weil nie-

man weiß, welchen Gebrauch Minister Schröder, seine Staatssekretäre und der künftige Leiter der Kulturabteilung von diesem Zehnpfennig machen werden

Was die deutsche Außenpolitik auf diesem Gebiet vor allem braucht, ist eine auf mehr als auf subjektiven Erfahrungen fußende Erkenntnis von Inhalt und Methode unserer kulturellen Zusammenarbeit mit der Welt und wo, soweit sie mit staatlicher Hilfe betrieben wird, die Schwerpunkte dieser Arbeit zu setzen sind. Und obwohl Sattlers Gedanken ein sichtbares Maß des von der Hand in den Hand Lebens bedeuten, zeigen sie noch kein Konzept das einen Ausweg aus der zwischen romantischer VDA-Idealen nicht fernher Begründung aus von durch rein politische Überlegungen be dingten und pragmatischen Entscheidungen schwankenden Auslands-kulturarbeit zeigt. Dr. Sattler hatte wohl diese Schwierigkeit selbst empfunden, als er kurz vor seinem Ausscheiden von GDR-Ae-geordneten einen Vortrag mit dem AA über eine wirtschaftliche Durchleuchtung der Effektivität unserer auswärtigen Kulturarbeit vermittelte

Schon seit Jahren Überfällig

In dieser Beziehung erscheint eine weitere Entwicklung jedoch wesentlich bedeutsamer. Es sieht so aus, als ob die große Anzahl der in der Arbeitsgemeinschaft für internationalen Kulturaustausch zusammengeschlossenen und im weitesten Bereich des Begriffs Kultur in der BRD und im Ausland tätigen Organisationen sich endlich bereit zu finden scheinen, sich mit dem Gedanken an ein festeres Statut und eine schärfer definierte Aufgabe zu beschäftigen. Durch einen solchen festeren Zusammenschluß wäre vieles gewonnen. Er würde nicht nur die Diskussion werden, ob wir in der BRD so etwas wie einen British Council oder eine Alliance Française brauchen, sondern er würde eine Komplementärorganisation zur Kulturabteilung im AA schaffen, die eigentlich schon seit Jahren überfällig ist und auch verfassungspolitisch eine stützliche und elegante Lösung darstellen könnte

Die Arbeitsgemeinschaft, die heute schon über ein ganz bemerkenswertes Reservoir an in der auswärtigen Kulturarbeit erfahrenen Mitarbeitern verfügt, könnte eine geradezu ideale Voraussetzung schaffen, um auf dem Wege über Fachausschüsse Ziel und Methode der Maßnahmen und die immer größer werdenden Investitionen auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturarbeit zu durchleuchten, zu begutachten und mit Empfehlungen zu versehen. Da hier eine Fülle von Organisationen und Interessen zusammenwirken, würden wir endlich von den mehr oder minder subjektiven Kriterien loskommen die bisher die Neuerrichtung von Schulen und Kulturinstituten, die Entsendung von Spezialisten und Delegationen, die Errichtung von Partnerschaften, die Durchführung von Ausstellungen und Buchaktionen, Bildergeldhilfevorhaben und vielem anderem mehr bestimmt haben. Nach vorsichtigen Schätzungen gehen wir augenblicklich von den rund 500 Millionen DM die wir jährlich in allen Bereichen für unsere auswärtige Kulturarbeit aufwenden und investieren, ein rundes Drittel für Dinge aus, bei denen auch der Zweck nicht die Tatsache zu heiligen vermag, daß Aufwand und Wirkung in einem krassen Mißverhältnis stehen.

Hermann MÜLLER-FRANKEN

Zum Gedenken an den ersten und letzten sozialdemokratischen Reichskanzler der Republik von Weimar

Von Herbert Kupke

Am 12. Mai dieses Jahres wäre der erste und letzte sozialdemokratische Reichskanzler der Republik von Weimar, Hermann MÜLLER-FRANKEN 90 Jahre alt geworden. Philipp Scheidemann erzählt in seiner Biographie, wie im Jahre 1918 die drei Mitglieder des Parteivorstandes, Friedrich Ebert, Johannes Müller und Philipp Scheidemann, sich gemeinsam in einem Raum hütten arbeiten müssen. "Wenn ein Kommando mit uns vor uns verhandelt, waren die beiden anderen nicht dabei". Müller war nicht der spätere erste Reichspräsident, der erste und letzte sozialdemokratische Reichskanzler hat zusammengebrannt. Müller war ein Mann mit einem klaren Verstand, der sich in den schwierigsten Situationen, die vor allem aus der unruhigen Temperament zurückzuführen waren, nicht gefühlte. Die Blockade zwischen Ebert und Müller, der sich nicht gefühlte, schiedlich Müller-Franken wurde, ungetrieben. Beide waren in der Lage, genügend in ihrer Autonomie, beide arbeiteten hard. Die sozialdemokratische nicht nur in die Verantwortung, zu erfüllen, sondern in einer Verantwortung pflichtbewusst zusammenzuarbeiten.

Zuletzt hat Müller, der Eberts Nachfolger in der Reichsregierung wurde, nur noch die Traditionsvorsitzender Funktion der Partei der Arbeiterpartei in der Partei der Opposition des Kampfes der Arbeiterpartei. Die erste Zeit im Juni 1920, als er gerade 40 Tage in der Regierung war. In den ersten Reichstagswahl am Parte die SPD wurde die Regierung die sozialdemokratischen Sozialisten (SPD) konnte gewonnen. Da die SPD sich nicht zum Regieren entschließen wollte, versuchte er erst gegen Ebert den Müllers Überzeugung ganz auf die Regierung, nicht seine. Die SPD der Partei des Reichskanzlers verweigert

Im Jahr 1918 nach dem großen Misserfolg der Eberts Partei mit der Konvention betraut. Im Kabinett der großen Koalition war Ebert sozialdemokratischer Außenminister, Philipp Scheidemann Innenminister, über eine Stelle, die nicht von heute erhalten, wurde aus Kabinett entfernt. Die SPD der SPD regierenden Minister konnten sich gegen Arbeitsminister nicht und die Parteiführung nicht durchsetzen. Die große Koalition der SPD und der SPD der Arbeitslosenversicherung von 1918 auf 1920 nicht in die Regierung. Das letzte parlamentarische Regierung Kabinett der Weimarer Republik wurde am 17. März 1933 seinen Abschied, Erbinng folgte die SPD der SPD der Notverordnung und Reichstagsauflösung regierte.

Einstig, 6 Jahre nachdem Müller der Außenminister Stresemann die Aufgabe gehalten hatte, starb er selbst, noch nicht 50 Jahre alt. In den Nachrufen wurde vor allem gewürdigt, dass er in schwerster Stunde die bittere Pflicht, als Reichsaussenminister am 12. Juli 1919 in Versailles die Unterschrift zu leisten, übernommen hatte. "Ein staatsmännischer Kopf, in seiner Partei schied Ebert als letztem Abstand der Fähigkeit", so hat Otto Gessler, Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei und langjähriger Reichsaussenminister, über Hermann MÜLLER-FRANKEN geurteilt. "In der republikanischen Geschichtsbuchschreibung wird er fortleben als ein Staatsmann von lauterstem Charakter", so steht es zu Recht in der Geschichte der Weimarer Republik von Friedrich Stampfer.

Frants Hvass

Um Deutschland und Dänemark verdient gemacht

Kü - Ein großer und vornehmer Freund des deutschen Volkes und der Bundesrepublik Deutschland, der Königlich Dänische Botschafter Frants Hvass, ist mit 70 Jahren in den verdienten Ruhestand gegangen und hat sich in Bonn und in Kiel verabschiedet. Der dienstälteste Diplomat auf Bonner Bühne hat sich gleichermaßen um Deutschland und Dänemark verdient gemacht. Er hat behutsam und ring die Bausteine für die gutnachbarliche Entwicklung gesetzt, wie sie heute besteht. Frants Hvass wurde in Bonn - und Berlin - schon 1949 akkreditiert, als zuerst die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, der verstarbene Hermann Lüderann und der heutige Bundestagsabgeordnete Bruno Dickmann, mit dem dänischen sozialdemokratischen Staatsminister H. C. Hansen die mutigen Schritte für die Regelung der Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzraum getan hatten. Hvass bereitete dann die Bonn-Kopenhagener Vereinbarungen vor.

Aber das war nur ein Aspekt seiner weitgefächerten diplomatischen Arbeit. Wohl kaum ein ausländischer Diplomat in Bonn hat so behutsam und so nachdrücklich alle Steine aus dem Weg der deutsch-dänischen Nachbarschaft geräumt, die der Nationalsozialismus aufgeführt hatte, wie er. Es war während des Krieges, als die SS in Dänemark hart auftrumpfte und die Herausgabe der Juden Dänemarks verlangte. Der spätere deutsche Botschafter in Kopenhagen, der Sozialdemokrat Ferdinand Duckwitz, im Krieg Sachverständiger für Schiffschiffsfragen in Kopenhagen, kam zu Frants Hvass, der den dänischen Außenminister vorst. Die Information lautete, Hitler verlange Dänemarks Juden und die SS soll sie zusammentreiben. Hvass tat, wie Duckwitz seine menschliche Pflicht. Er unterrichtete die dänische Widerstandsorganisation. Bis auf wenige konnten sämtliche Juden des Nachts lautlos über den Öresund nach Schweden in Sicherheit gebracht werden. Es war eine große und mutige Tat der beiden.

Man sollte sich heute daran erinnern, daß es Leute des Schlages von Duckwitz und Hvass waren, die nach dem Krieg sofort daran gingen eine Atmosphäre des Friedens und Vertrauens zwischen Kopenhagen und Bonn zu schaffen. Man sollte auch vor dem Hintergrund der damaligen Ereignisse jene Bemerkungen ernst nehmen, die Hvass in der Bonner Runde und bei seinem Abschied in Kiel angedeutet hat. Diese Andeutungen sind geeignet, die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten auf eine dauerhafte, harmonische Nachbarschaft zu stellen.

Die Bundesrepublik muß in der EWG-Runde bereit sein, nachdrücklich für die Beseitigung der Zollschranken zwischen EWG und EFTA einzutreten. Dänemark ist unweigerlich auf den Export seiner Erzeugnisse vor allem der Landwirtschaft aber auch zunehmend der Industrie in Richtung Bundesrepublik angewiesen. Geschieht das nicht, so ist es nicht länger in der Lage, den deutschen Import-Überschuß zu verkraften.

Es muß mehr für die kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Dänemark getan werden. Das gilt vor allem für Schleswig-Holstein. In Dänemark ist die zweite Fremdsprache an allen Schulen Deutsch. Kaum ein deutscher Handelsmann, Politiker und Diplomat, der in Kopenhagen erscheint, aber ist der dänischen Sprache mächtig. In Schleswig-Holstein gibt es zwar die dänischen Minderheiten-Schulen, aber sonst praktisch kaum Dänisch-Unterricht an den Bildungsinstitutionen.

Doch noch Atomsperr-Vertrag ?

Vertagung und Optimismus

Von Pierre Simonitsch Genf

Mit moderiertem Ost-West-Goplänkele wurde die Abrüstungskonferenz vertagt, allerdings nur für fünf Wochen. Anschließend wird der 17 Nationen-Ausschuß den ganzen Sommer hindurch bis zur UNO-Generalversammlung verhandeln. Das Urlaubsbedürfnis der Diplomaten hat bei dieser Vertagung nur eine zweitrangige Rolle gespielt. In erster Linie soll die kurze Pause dazu dienen, in den Hauptstädten die Posseniers des erstrebten Atomsperrvertrags neu zu überdenken und einige unumgängliche Entscheidungen innerhalb der Militärpräsenzen herbeizuführen.

Die wichtigste dieser Entscheidungen ist in der NATO Fälligkeit: Wie soll das Mitspracherecht der einzelnen Partner an der atlantischen Atomstrategie aussehen? Die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten machen bekanntlich ihre Signaturen unter einem Atomsperrvertrag vom Ausschluß der Bundesrepublik von allen atomaren Verfügungsgewalten abhängig. Offiziell sieht die Sowjetunion auch das "McNamara-Komitee" unter die Hindernisse für einen Vertragsabschluß ein. In privaten Gesprächen haben aber die östlichen Verhandler zu verstehen gegeben, daß ein reines Konsultativgremium in der NATO akzeptabel wäre, falls sie bindende Zusagen erhielten, daß dessen Kompetenzen nicht mit der Zeit erweitert würden. Ähnliche Arrangements bestehen nämlich auch zwischen den Mitgliedern des Warschauer Paktes.

Auf dieser Basis scheint ein Abkommen nunmehr tatsächlich in greifbarer Nähe zu liegen. Der sowjetische Chefdelegierte Roschtschin soll in einer Besprechung mit einem hohen westlichen Diplomaten die Ansicht geäußert haben, daß man sich noch 1966 über den Atomsperrvertrag einigen könnte. Delegierte in Spitzenfunktionen kalkulieren bereits das Datum dieser Einigung: August - falls es gelingt, in so kurzer Zeit die Bürde der Neutralen zu nehmen.

Diese Hoffnungen spiegeln sich auch in den vorsichtig optimistischen Erklärungen des letzten Sitzungstages wider. Der sowjetische Delegationsleiter Roschtschin gab zu, daß es unvorteilhaft wäre, die vergangene Session als völlig fruchtlos zu bezeichnen, und daß sich die Positionen der beiden Seiten geklärt haben. Sein amerikanischer Kollege Foster sagte vor seiner Abreise auf dem Genfer Flugplatz, die Verhandlungen der letzten dreieinhalb Monate hätten ein besseres Verständnis der Interessen und Befürchtungen der einzelnen Delegationen geschaffen und böten einige Ermutigung für Fortschritte. Es ist anzunehmen, daß während der Konferenzpause ein Gedankenaustausch über die zwischen Ost und West bestehenden diplomatischen Kanäle weitergeführt wird.